Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und Schaum zu öffnen. Beste Kindernahrung, als Kaffee-Sahne billig und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Feine Herren-Ueberzieher- und Anzugs-Stoffe, billigere Qualitäten für Knaben-, Jacket- und Regenmäntelstoffe für Damen.
Tuchhandlung. Einzel-Verkauf. | J. Unbescheid & Söhne Schreibergasse 2.

Hugo Borack Hoflieferant Altmarkt, Seestrasse 1. Filiale: Marienstrasse 15 (Eingang: Antonsplatz). Oschatzer Filzschuhe und Pantoffeln von Ambrosius Marthaus. Kameelhaar- und wollene Schlafdecken in einfarbig und bunt.

Glaswaaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten, Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Fahrradfabrik „Komet" Schlick & Hinkelmann, Amalienstrasse 12. Permanente Ausstellung vorzügl. 94er Neuheiten.

Tapeten. Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14. Tapeten.

Tuchwaaren. Neuheiten in Anzugs-, Paletot- u. Hosenstoffen, nur gediegene Qualitäten, empfehlen in grösster Auswahl billigst Friedr. Greiff & Sohn, 9. Georg-Platz 9.

Nr. 111. Sonnabend, 21. April.

Spiegel: Ergebniß der Reichstagssession. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Fahrplanerweiterung. Thierschutzverein. Fleischerinnung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Zauberflöte". Lehrergesangverein. Prolog. Sinfonieconcerte.

Für die Monate Mai und Juni

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten" für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 1 Mark 70 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Das brausende Hoch, mit dem der Reichstag in gewohnter Weise seiner Liebe zu dem erhabenen Schirmherrn des Reiches Ausdruck gegeben hat, ist verklungen, und die Reichsboten sind heimwärts geeilt, nachdem sie das Stempelsteuergesetz noch rasch bei gepackten Koffern gutgeheißen und im Uebrigen in der letzten Sitzung ihren Scharfsinn wohl mehr dem Studium des Reichskursbuches als der Auffindung eines Leitfadens für die Irrsale des Börsensteuerlabyrinths gewidmet hatten. Wenn man an die positive Thätigkeit der verflossenen Session einen bildlichen Vergleichsmaßstab legen will, so trifft das heimwärts drängende Auseinanderfliegen der Volksvertreter nach allen Richtungen der Windrose jedenfalls mehr den Kern der Sache als der kurze Augenblick der Einigkeit in der Ehrfurchtsbezeugung für den Träger der Krone. Ja selbst dieser Moment erhielt einen eigenthümlichen Beigeschmack der zugespitzten Lage, als der gesunde Humor des allezeit schlagfertigen Liebermann von Sonnenberg den Sozialdemokraten, die nach alter revolutionärer Observanz vor dem Hoch auf den Kaiser den Saal räumten, spöttisch nachrief: „Die Stützen der Regierung verlassen das Lokal." Es mögen nicht gerade angenehme Gefühle gewesen sein, die in dem Reichskanzler bei der Bemerkung des genannten Abgeordneten aufgestiegen sind. Wenn der verantwortliche Leiter der Reichspolitik aus den Ergebnissen der Session die Bilanz zieht, wird er sich bei aller Würdigung des mit der Durchdrückung der Handelsverträge für ihn verknüpften äußerlichen Erfolges seiner Politik doch sagen müssen, daß sein Sieg theuer erkauft ist, so theuer, daß am Ende noch kein persönliches Uebelwollen gegen den Reichskanzler dazu gehört, um ihn als Pyrrhussieg zu kennzeichnen. Die „Stützen der Regierung", die augenblicklich die Reichspolitik auf ihren Schultern tragen, sind doch gar zu fragwürdiger Natur, als daß der Blick der national gesinnten Kreise nicht mit ehrlicher Besorgniß auf ihnen ruhen sollte. Die schönen Tage der Koalition Richter-Windthorst-Grillenberger sind in zweiter verschlechterter Auflage zurückgekehrt. Heute flattert die rothe Fahne anmuthig um das schwarzgelockte orientalische Wollhaupt des Herrn Singer, daneben weht die goldgelbe Standarte in etwas verblaßter Schattirung über dem zusammengeschmolzenen Häuflein des Richter'schen Freisinns, und zu den zweien gesellt sich als Dritter im Bunde das schwarze Fähnlein Derer um Lieber. Für die paar süddeutschen Demokraten, welche die Wogen des Wahlkampfs an den Strand der Volksvertretung im Reiche gespült haben, ist diese Farbenzusammenstellung zwar ein prächtiges Bild. Ihnen hüpft das Herz im Leibe, denn sie sehen in der schwarz-roth-goldenen Parteikonstellation den Abglanz ihrer Jugendträume verwirklicht und hoffen, daß nun bald die „Morgenröthe der Freiheit" hereinbrechen werde. Um so unbehaglicher fühlen sich die Vertreter des nationalen Gedankens, denen es durchaus nicht in den Kopf will, daß die Zufriedenheit des Radikalismus, mag er sich nun so oder so nennen, ein Symptom für die Förderung unseres politischen Ansehens und unserer materiellen Wohlfahrt sei. Wie gerechtfertigt die Bedenken der nationalen Parteien nach dieser Richtung sind und wie wenig es ihnen ein unbefangenes Urtheil verdenken kann, daß sie grollend bei Seite stehen, beweist der Verlauf, den die Verhandlungen der vorgestern geschlossenen Reichstagssession genommen haben.

Die „Hauptthat" des Reichstags war die Annahme der drei „kleinen" Handelsverträge mit Serbien, Rumänien und Spanien und des „großen" Handelsvertrages mit Rußland. Es wird den Vertheidigern der Caprivi'schen Tarifpolitik, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, mit ihrem Meister durch Dick und Dünn zu gehen, so lange er willig ihr Steckenpferd reitet, schwer fallen, selbst mit allen Künsten der Dialektik, den wirthschaftspolitischen Nutzen der Verträge zu erweisen. Eine krumme Sache läßt sich nun einmal nicht gerade machen, und daß bei den Handelsverträgen irgend Etwas nicht in Ordnung war, hätte der Reichskanzler doch wohl aus dem elementaren Widerstand, mit dem sich die Landwirthschaft gegen das ihr zugemuthete neue Opfer aufbäumte, entnehmen können. Es mag sein, daß die letzten Verträge die unabweisliche Konsequenz des im Jahre 1891 eingeschlagenen Weges waren. Dann aber hätte doch Sorge getragen werden müssen, daß die Landwirthschaft in schonender Weise von der bestehenden unausweichlichen Nothwendigkeit verständigt und ein Verfahren eingeschlagen wurde, das einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen herbeizuführen geeignet war. Die Annahme, daß eine einsichtsvolle Staatskunst nicht irgend einen modus vivendi mit der Landwirthschaft hätte finden können, entfällt von selbst. Der Weg dazu ist von Herrn Miquel klar vorgezeichnet worden. Der Reichskanzler aber hat sich „vom Linken" umgarnen lassen und ist mit Sack und Pack in das Lager Derjenigen übergegangen, die jede sichere schutzzöllnerische Grundlage der Handelspolitik überhaupt beseitigen möchten. Dieser äußersten Folge des jetzt betretenen Weges wird sich der Reichskanzler schwerlich selbst bewußt sein. Um so größer aber ist die Gefahr, die der Gesammtheit aus der derzeitigen Gefolgschaft des Kanzlers, die ihn mehr leitet als er sie, erwächst. Ein drastisches Beispiel der widerspruchsvollen Lage, in die das Deutsche Reich durch den übermäßigen Vertragseifer seiner augenblicklichen Koalitionsregierung gebracht worden ist, liefert das Verhalten der spanischen Cortes, die bis jetzt nicht zu bewegen gewesen sind, dem Handelsvertrage mit Deutschland ihre Zustimmung zu ertheilen, sodaß nunmehr bereits das vierte (!) Provisorium von der spanischen Regierung beantragt worden ist. Mit Recht erklärt demgegenüber die „Nationallib. Korr.", ein solches Verfahren komme darauf hinaus, daß sich Deutschland von Spanien zum Narren halten lasse. Wenn der leitende deutsche Staatsmann eine kräftige selbstständige Initiative hätte, so würde er zu einer so handgreiflichen Verletzung des deutschen Ansehens nimmermehr die Hand bieten. Wenn aber solche Zustände möglich sind, so wird man die Ansicht der „Köln. V.-Ztg.", daß es im Reiche überhaupt keine Regierung mehr gebe, nicht ohne Weiteres von der Hand weisen können. Selbst wenn man den günstigsten Fall setzt, daß die Befürchtungen der Landwirthschaft über die durch die Handelsverträge zu gewärtigenden Schädigungen der landwirthschaftlichen Produktion sich nicht in vollem Umfang verwirklichen sollten, so wird doch die Thatsache, daß die ganze Handelsvertragspolitik nur mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Reichstag eingeschmuggelt werden konnte, einen nicht zu beseitigenden Rostflecken auf der staatsmännischen Ruhmessichel des Reichskanzlers hinterlassen. Der künstliche Jubel, den die Erfechter des „handelspolitischen Sedansieges" anstimmten, konnte über diese unangenehme Zugabe nicht hinwegtäuschen. Er hatte einen blechernen Klang und wirkte wie die Posaunen von Jericho, indem er von der Mauer der Regierungsautorität ein erhebliches Stück zum Fall brachte.

Während der Reichstag so seine „positive" Thätigkeit auf ein Gebiet verlegte, das sich nach Lage der Sache mehr für die kritische Umschau ernster Vaterlandsfreunde als für den naseweisen Zugriff der plötzlich in Jakobiner verwandelten radikalen Rütlibrüder eignete, bewies er die Verständnißlosigkeit seiner jetzigen zusammengewürfelten Mehrheit für wirklich fruchtbringende Reformarbeit durch die Guillotinirung der Reichsfinanzreform. Wenn die geplante Wein- und Tabaksteuer keine Gnade fand, so läßt sich das aus der gewaltigen regionalen Beunruhigung, die durch die genannten beiden Projekte in blühenden industriellen und landwirthschaftlichen Bezirken des Reichs hervorgerufen worden ist, erklären. Daß aber der Reichstag sich nicht dazu hat aufschwingen können, dem gesunden Gedanken einer Regelung des finanziellen Verhältnisses des Reichs zu den Einzelstaaten wenigstens prinzipiell zuzustimmen, ist angesichts der Einbuße, die fast sämmtliche Budgets der Einzelstaaten durch den zur Zeit bestehenden Modus der Matrikularbeiträge und Ueberweisungen erleiden, ganz unbegreiflich. Es darf daher auch nicht Wunder nehmen, daß der Reichskanzler in dem Schlußwort, das er an die Verlesung der Kaiserlichen Botschaft knüpfte, dem unveränderten Standpunkt der verbündeten Regierungen in der Frage der Reichsfinanzreform Ausdruck gab. „Die verbündeten Regierungen", erklärte Herr v. Caprivi, „halten mit aller Entschiedenheit an der Auffassung fest, daß es im nationalen und finanzpolitischen Interesse des Reiches und der Bundesstaaten geboten ist, zur Erhaltung eines geordneten Finanzwesens die Sicherstellung vor der wechselnden Einwirkung der Ansprüche des Reiches an die Bundesstaaten herbeizuführen. Zu diesem Zweck läßt sich der Plan, die eigenen Einnahmen des Reiches nach Maßgabe des Bedürfnisses zu vermehren, nicht aufgeben. Die verbündeten Regierungen werden deshalb nach Wiederzusammentritt des Reichstages von Neuem mit entsprechenden Vorschlägen in der Hoffnung hervortreten, daß dann eine Verständigung über die Reform und die Beschaffung der hierzu nöthigen Mittel erzielt werden wird." Nimmt man ferner hinzu die Haltung des Reichstages in der Frage des Nationaldenkmals für unseren ersten Kaiser, die Geringfügigkeit seiner Arbeiten auf sozialpolitischem Gebiet, die moralische Niederlage der Regierung bei der Berathung des Kolonial-Etats, das Uebermaß agitatorischer Initiativanträge, die aus der Mitte der Parteien auf den Tisch des Hauses niederregneten, endlich die chronische Beschlußunfähigkeit des Hauses, die darauf zu deuten schien, daß den Reichsboten vor ihrer eigenen Trivialität bange geworden war: so wird man sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß Regierung und Parlament in der abgelaufenen Tagung gleichmäßig an Ansehen verloren haben.

Die Zeichen, unter denen der Reichstag diesmal nach Hause gegangen ist, sind daher nicht die besten. Die Schwäche der Regierung hat es zuwege gebracht, daß gerade in den Kreisen Verstimmung und Verbitterung herrscht, die in erster Linie zur Stütze von Thron und Altar berufen erscheinen. Das ist vom Uebel, und eine Besserung dieses unnatürlichen Zustandes ist dringend von Nöthen. Trotzdem wäre es aber grundverkehrt, wenn die nationalen Parteien sich der Kopfhängerei ergeben wollten. Der alte Gott lebt ja noch und wird Deutschland davor zu bewahren wissen, daß es eine Beute der Demagogie wird. In Bezug auf Hoffnungsfreudigkeit kann sich der Reichstag ein ermunterndes Beispiel an seinem ehrwürdigen Haupte, Herrn v. Levetzow, nehmen, dem weitaus beliebtesten unter den 4 Präsidenten, die das Haus bis jetzt gehabt hat. Zwar scheint auch ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen bis zu einem gewissen Grade der Humor abhanden gekommen zu sein, denn er hat sich diesmal von dem Reichstage verabschiedet, ohne ihm eines seiner köstlichen deplacirten Bonmots mit auf den Weg zu geben. Aber seine Worte waren trotzdem von dem Geiste jugendlicher Frische, der sie immer auszeichnet, durchweht, und so möge sich denn im Anschluß daran die Hoffnung des deutschen Volkes auf eine nahe bessere Zukunft unseres parlamentarischen Lebens richten, eine Zukunft, die von den Fittichen des Adlers, der auf der Kuppel des neuen Reichstagsgebäudes horstet, beschattet und von der Begeisterung für die Größe der Nation behütet und bewahrt wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. April.

Berlin. Der Kaiser bleibt bis Mittwoch auf der Wartburg und unterbricht den Aufenthalt daselbst nur für die Tagesstunden des Montags behufs der Reise nach Dresden; am Mittwoch trifft der Kaiser in Schlitz ein, woselbst er bis Sonnabend den 28. verbleibt; daran schließt sich noch ein mehrtägiger Besuch der Kaiserin Friedrich auf Schloß Friedrichshof. — Der Bundesrath hat gestern die vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwürfe betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes und betr. die Novelle zum Wahlgesetz den zuständigen Ausschüssen überwiesen, ebenso die Beschlüsse des Reichstags zu den Petitionen für den Vogelschutz, das Verbot der Kollekten, den Gewerbebetrieb der Gewerbsmakler und die Abstellung der Mißstände auf dem Gebiete des Gastwirthsgewerbes; endlich wurde beschlossen, den von der Weltausstellung in Antwerpen zurück gelangenden Gütern Zollfreiheit zu gewähren. — Die amtlichen Verordnungsblätter des Reiches veröffentlichen einen Kaiserlichen Erlaß vom 15. ds. betr. die Aufnahme einer Anleihe auf Grund früherer Anleihegesetze im Gesammtbetrage von 168,372,694 M. Der Zinsfuß soll auf 3 oder auch auf 3½ Proz. festgesetzt werden. Die Schuldverschreibungen sollen lauten über Beträge von 200, 500, 1000 und 5000 M. Die Anleihe dient für die Zwecke des Nordostseekanals, des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen.

Die Berathung der Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe in der Gruppe Leuchtstoffe, Fette, Oele und dergleichen fand heute unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. v. Rottenburg mit den dazu berufenen Interessenten statt. Zunächst wurden die für Stearinfabriken, Braunkohlentheer-Destillationsanstalten, Petroleum-Raffinerien, Anlagen zur Knochenentfettung, Leimfabriken, Wachsbleichereien und Samenklenganstalten vorgesehenen Ausnahmebestimmungen berathen und dann darüber discutirt, ob solche Ausnahmen auch für andere Betriebe der Gruppe erforderlich seien.

Zwischen dem Geh. Legationsrath v. Kiderlen-Wächter und dem Redakteur des „Kladderadatsch" Polstorff fand am Mittwoch ein Pistolenduell statt. Bei dem dritten Kugelwechsel wurde Polstorff an der Achselhöhle verwundet, sodaß er sich nunmehr in einem Krankenhause befindet, wo gestern in seinem Befinden eine Besserung eingetreten war. Unmittelbarer Anlaß des Zweikampfes war ein Privatbrief, den Polstorff im Zusammenhange mit der bekannten Angelegenheit an eine dritte Person gerichtet hatte. Sobald v. Kiderlen-Wächter von dem Inhalt dieses Briefes Kenntniß erhielt, verlangte er, da er in seiner Eigenschaft als Landwehroffizier getroffen war, unverzüglich Genugthuung. — Dieser Tage beginnt in den zuständigen Bundesrathsausschüssen die Berathung der Novelle zur Strafprozeßordnung. Man glaubt, daß die Wiedereinführung der Berufung bei den verbündeten Regierungen auf keine weiteren Schwierigkeiten stoßen werde. — Fürstbischof Dr. Kohn von Olmütz, der demnächst nach Berlin kommt, will sich hier dem Kaiser vorstellen. Zu seiner Diöcese gehört auch ein Theil der preußischen Kreise Leobschütz und Neustadt. — Die konservative Landtagsfraktion hat nach längerer Berathung beschlossen, den Gesetzentwurf betr. den Dortmund-Ems-Kanal abzulehnen. — Die Novelle zur Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung wurde heute in der betr. Landtagsfraktion in zweiter Lesung mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die nationalliberalen und die freisinnigen Mitglieder der Kommission waren der Sitzung ferngeblieben. — Zum Fürsten Bismarck in Friedrichsruh hat sich dieser Tage der Fischermeister der biologischen Versuchsstation im Mittelsee im Auftrage des Deutschen Fischereivereins begeben. Er übermittelte dem Fürsten ein Geschenk von 10,000 Setzlingen. — Im Etatsjahre 1893/94 sind an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, einschließlich der kreditirten Beträge, im Deutschen Reiche zur Anschreibung gelangt: 665,175,926 M. (53,880,768 M.) weniger. Von den Stempelsteuern ergab die Börsensteuer eine Mindereinnahme von 1,138,838 M. gegenüber dem vorangegangenen Etatsjahre. Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme abzüglich der Ausfuhr-, Vergütungs- und Verwaltungskosten betrug bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 605,167,451 M., 12,156,290 M. weniger als in dem Etatsjahre 1892/93. Bei den Zöllen allein betrug die Mindereinnahme 22¼ Millionen. — Die Nachricht, daß Assessor Wehlan, wegen seiner Kameruner Amtsthätigkeit in letzter Zeit viel genannt, zur Zeit im Auswärtigen Amt beschäftigt werde, ist unrichtig. Ueber die Frage seiner weiteren dienstlichen Verwendung wird erst nach Erledigung der wegen der Kameruner Vorgänge eingeleiteten Untersuchung Entschließung getroffen werden.

Leipzig. Das Reichsgericht hat die Revision des Redakteurs der „Zukunft", Harden, gegen das Urtheil der 1. Strafkammer des Landgerichts I Berlin verworfen. Durch letzteres war Harden wegen Beleidigung des Reichskanzlers durch zwei in der Zukunft erschienene Artikel: „Das Caprivi-Denkmal" und „Die Bilanz des neuen Kurses" zu 600 M. Geldbuße ev. 50 Tagen Gefängniß verurtheilt. Dagegen wurde auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision das Urtheil aufgehoben und nach Berlin II verwiesen, weil der § 193 des Strafgesetzbuches zu Unrecht angenommen worden sei.

Leipzig. Die Gründung eines Sortimenter-Vereins wurde in einer heute abgehaltenen Versammlung von Sortimentsbuchhändlern einstimmig beschlossen.

Friedrichsruh. Siebenundzwanzig nationalliberale Reichstagsabgeordnete trafen 12 Uhr 40 Min. zum Besuch des Fürsten Bismarck unter Führung des Abg. Placke ein. Von Dr. Chrysander und Oberförster Lange empfangen, begaben sich die Herren in das Schloß, wo ein Frühstück servirt war. Ansprachen hielten die Abgg. Dr. Hasse und Olzem. Auf Hasse's Ansprache, deren politischer Inhalt in ein Hoch auf den Fürsten ausklang, dankte dieser in längerer Erwiederung. Die Fürstin Bismarck erschien später noch trotz ihres Unwohlseins zum Frühstück. Der Fürst befindet sich sehr wohl.

Friedrichsruh. In der Antwort auf die Ansprache des Abg. Dr. Hasse-Leipzig hob Fürst Bismarck die Nothwendigkeit hervor, die Reichsfinanzen zu ordnen, der Landwirthschaft zu helfen, die staatserhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen, wie das ein früheres Kartell erstrebt habe; eine große Gefahr liege in der Ermunterung der polnischen Bestrebungen und der Trennung des Reichskanzleramts vom preußischen Ministerpräsidium. Ein Reichskanzler ohne die Stütze des preußischen Ministeriums schwebe wie ein Seiltänzer in der Luft. An auswärtige Verwickelungen glaube er, der Fürst, augenblicklich nicht, da jeder Staat die neuesten technischen Erfindungen erwerben wolle und keiner sich jetzt zum Losschlagen stark genug fühle. Wie der Seemann müsse man aber immer klar zum Angriff sein.

Koburg. Die Verlobung des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland mit der Prinzessin Alix von Hessen ist heute Vormittag im Schlosse verkündet worden.

Darmstadt. Das neuvermählte großherzogliche Paar hat hier seinen Einzug unter dem Jubel der Bevölkerung gehalten.

... und Lackfarben, ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften: Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.